

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P 7X11.227

Bad Godesberg, den 17. November 1967

Mir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite |   | Zeilen |
|-------|---|--------|
| ----- |   | -----  |
|       | Die Gefahr von rechts   | 49     |
|       | -----   |        |
|       | Herausforderung an die demokratischen Parteien                      |        |
| 2 - 3 | "Selbstdarstellung der katholischen Intelligenz"                    | 86     |
|       | -----   |        |
|       | Bemerkungen zur beabsichtigten Herausgabe einer neuen Wochenzeitung |        |
|       | Von Dr. Heinz Korneck   |        |
| 4 - 5 | Der studentische Protest  | 69     |
|       | -----   |        |
|       | Zur Revolution besteht kein Anlaß                                   |        |
|       | Von Dr. Dr. Peter Fischer   |        |
| 6     | Amerikaner in Spanien   | 48     |
|       | -----   |        |
|       | Rätselraten über baldigen Abzug der GI's                            |        |
|       | Von H. Domí, Madrid   |        |

## Die Gefahr von rechts

### Herausforderung an die demokratischen Parteien

sp - Die Nationaldemokratische Partei tritt mit einer doppelten Lüge auf. Sie ist weder national, noch demokratisch und hier gleicht sie jener Partei, die vor fast 30 Jahren Deutschland, Europa und fast die ganze Welt in einen Krieg stürzte, an dessen Folgen wir alle zu tragen haben. Für die politische Verirrung einer Generation muß unser Volk einen schrecklichen Preis bezahlen. Auch die Spaltung unseres Landes gehört dazu, die 11 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge und die 40 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges. Es ist gut, sich dessen am Volkstrauertag zu erinnern.

Die Reden auf und der Ablauf des vor einer Woche in Hannover abgehaltenen Parteitages der NPD haben im In- und Ausland Anlaß zu besorgten Betrachtungen gegeben. Man sollte sie nicht auf die leichte Schulter nehmen. Wenn West und Ost immer noch etwas verbindet, was stärker ist, als der Kalte Krieg in den fünfziger Jahren, dann die Entschlossenheit, es in Deutschland nicht wieder soweit kommen zu lassen. Das Mißtrauen gegen mögliche innerdeutsche Entwicklungen hat nach 20 Jahren durch die Aktivität der NPD neuen Nährboden erhalten.

Das ist neben vielen anderen Gründen auch ein Grund für West und Ost, die Frage der deutschen Wiedervereinigung von der weltpolitischen Tagesordnung abzusetzen; jedes Anwachsen der NPD an Stimmen und Mandaten fügt dem, was von der deutschen Nation nach dem Sturz des Dritten Reiches noch übrig blieb, unendlichen Schaden zu. Die NPD mag dies gewiß nicht bekümmern, für unser Volk aber und für unsere demokratischen Parteien ergeben sich darauf die Pflicht zur solidarischen Abwehr. Wenn sie hier versagen, sich der sie verbindenden Gemeinsamkeiten entsagen, oder wenn Teile von Parteien, die sich zur Mitte rechnen, eine Koketterie mit der NPD nicht ganz abschließen, dann werden wir wohl alle die Gefahr heraufbeschwören, den uns verbliebenen Rest der Nation ganz zu verspielen.

Die NPD bezieht ihre Stärke aus der Unsicherheit, die in vielen Bereichen unseres Lebens eingezogen ist. Diese zu beseitigen, die notwendigen Strukturveränderungen in der Wirtschaft mit einem Mindestmaß an menschlichen Härten durchzuführen, den Menschen wieder Vertrauen zu geben in eine von Furcht freie und gesicherte Zukunft - das sind die wirksamsten Waffen in der Auseinandersetzung mit jenen Kräften, die glauben, sie könnten es den "Lizenz-Parteien" in Bonn schon geben. Das erfordert aber auch bei den demokratischen Parteien der Mitte bei aller Gegensätzlichkeit darüber, welche gesellschaftspolitischen Inhalte diese, unsere Bundesrepublik haben soll, Übereinstimmung in demokratischen Grundüberzeugungen.

## "Selbstdarstellung der katholischen Intelligenz"

Bemerkungen zur beabsichtigten Herausgabe einer neuen Wochenzeitung

Von Dr. Heinz Kornetzki

Während hierzulande der Zeitungstod umgeht, wollen die 22 katholischen Bischöfe Deutschlands eine neue Wochenzeitung ins Leben rufen. In herbstlichen Fulda gaben die Oberhirten endgültig grünes Licht für einen Plan, den sie im Frühling in Bad Honnef gefaßt hatten: den Vorstoß in eine publizistische Marktlücke, die das Institut für Meinungsforschung in Allensbach gefunden haben will. In der Analyse der Meinungsforscher heißt es:

- \* "Die katholische Intelligenz fühlt sich im bisherigen publizistischen Angebot nicht repräsentiert. Es fehlt eine publizistische Selbstdarstellung der katholischen Intelligenz".

In einem Büro in Bad Godesberg geht derzeit die Vorbereitung des neuen Blattes ins Letzte Stadium. Die Bischöfe wollen 10 Millionen Startkapital investieren für eine Zeitung, die sich von den bestehenden konformistischen, größtenteils im vorkonziliären Stadium steckengebliebenen katholischen Blättern, grundlegend unterscheiden soll. Kardinal **Döpfner**, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, ließ über das Programm der Zeitung Ungewöhnliches verlauten:

- \* "Da Katholizismus heute eine Pluralität von Meinungen umfaßt wird die Wochenzeitung diese Vielfalt widerspiegeln und ein Forum der innerkirchlichen Diskussion sein".

Der Rechtskatholizismus, der in allen Diözesen noch wichtige Positionen besetzt hält, hat kein Interesse an einem profilierten Blatt, das auch nonkonformistische Meinungen zu Wort kommen läßt und sich im politischen Bereich durch eine faire Distanz zu allen Parteien auszeichnet. Bisher nämlich ist es trotz Konzil noch so - und hier muß man Heinrich **Böll** rechtgeben - daß der Katholizismus "auf eine heillose Weise mit jener Partei und ihren Interessen verstrickt ist, die sich als einzige das U (für christlich) angesteckt hat".

Die große Gefahr einer Entfremdung zwischen Kirche und einer nicht geringen Zahl von Katholiken, deren politische Heimat nicht die CDU ist, dürfte die nachkonziliäre Kirche inzwischen erkannt haben. Jedenfalls deutet nicht zuletzt der Plan der Bischöfe darauf hin, daß es die Kirche mit den Beschlüssen des Konzils ernst meint und den Katholiken - wie im Schema 13 - "berechtigte Meinungsunterschiede" auch im politischen Bereich zubilligt.

Inzwischen steht fest, daß der CDU-Katholizismus ein Organ erwartet, das nicht wie andere katholische Blätter die Interessen einer einzigen Partei, nämlich die der CDU/CSU, vertritt. Die einschlägigen Gazetten von München bis Hildesheim versuchten denn auch bis zuletzt, die Zeitungsgründung zu verhindern. Es hieß den Bischöfen gehe es nur um Repräsentation und Führungsanspruch. Der

so gezielte Vorwurf kam - man staune - mitten aus dem Ordinarat einer süddeutschen Großstadt. Ein CSU-katholisches Blatt in Franken befürchtet durch die Zeitungsgründung "politische Fehlentwicklungen" und zog gegen den Plan mit ganzen Leserbrief-Plantagen vom Leder. In einem dieser typischen Briefe hieß es:

- \* "Wenn die Zeitung Wirklichkeit werden sollte, müßten wir
- \* katholischen Laien dagegen protestieren. Unverständlich ist
- \* das Gerede von der Pluralität im deutschen Katholizismus als
- \* Grund für die Herausgabe der neuen katholischen Wochenzeitung. Soll etwa damit gemeint sein, daß man mit der CDU/CSU-
- \* Tendenz der bisherigen katholischen Wochenschriften nicht
- \* mehr einverstanden ist und daß jetzt auch die SPD- und FDP-
- \* Angehörigen zum Zuge kommen sollen?"

Soweit der Leserbrief, dessen Argumente die des politischen Katholizismus der 50er Jahre genau fixieren.

Ein anderes konservativ-katholisches Massenblatt mit Millionen-Auflage versuchte die Bischöfe von ihrem Plan abzubringen mit dem Hinweis, daß einem christkatholische Leserkost derzeit nicht gerade aus der Hand gerissen werde. Und daß sich angeblich "etliche katholische Blätter" bereits dem Anliegen der geplanten Zeitung - also Spiegel der Pluralität von Meinungen - widmen würden.

Das Fanziehen um die Richtung des Blattes dürfte keineswegs zu Ende sein. Und zur Stunde ist es fraglich, ob das von den Bischöfen avisierte Konzept sich durchsetzen wird. Der Leiter des Planungstabes in Godesberg, ein für diese Aufgabe beurlaubter Funktionär des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, hält die Liste der Redakteure noch unter Verschluss. Auch der Chefredakteur ist noch nicht ernannt. Der Wiener liberal-katholischen Wochenzeitung "Die Furchen" erklärte der Planungschef lediglich, daß "gute katholische Journalisten" ausgewählt worden seien, "keinesfalls nur einer politischen Couleur".

Informierte Beobachter beurteilen die Ankündigung, daß in den Pfrungspositionen nicht nur Journalisten aus der CDU-Reservoir der Adenauer-Ära bestellt werden, allerdings skeptisch. Wirklich wird das geistige Profil des Bischofsblattes erst dann ein erstes Mal beurteilt werden können, wenn Namen bekannt sind. Erst dann wird man sagen können, ob sich nur die Zahl der bereits bestehenden katholischen Zeitungen erhöht, oder ob ein wirklich neues katholisches Blatt an den Start geht, das es hierzulande bisher nicht gibt. Ein Blatt, das nicht nur eine einzige Meinung zu Wort kommen läßt.

## Der studentische Protest

Zur Revolution besteht kein Anlaß

Von Dr. Dr. Peter Fischer

Es steht beinahe zu fürchten, daß der Herbst den Bürgern unseres Landes den Kummer nicht ersparen wird, neue Proteste der studierenden Jugend zu erleben. Freilich, der Schah kommt jetzt nicht mehr, aber seine Schmähung war doch auch nur der situationsbedingte Ausdruck einer tiefen und weitverbreiteten Unzufriedenheit deren Ursachen keineswegs beseitigt sind. Man wendet sich gegen das Establishment, gegen die Rollenlehre einer erschreckend materialistischen Gesellschaft, gegen die Hegel-Interpretation, daß das Bestehende auch das Vernünftige ist, in einem positivistischen, fatalen Sinn. Man haßt die Heuchelei, die in Vietnam Freiheit sagt und Machtpolitik mit Napalm durchsetzt. Man will die Universitätsreform, die der geistigen Einheit, der universitas der Bildung Raum gibt und die Fachgenügsamkeit der Professoren beiseitigt. Man fordert den beschleunigten Universitätsbau, da immer noch eine zu kleine Zahl von Professoren, zu kleine Institute und zu wenig Studienplätze einer steigenden Studentenfülle gegenüberstehen.

Wer einmal bemerkt hat, wie stark die Welle der Zustimmung zur studentischen Demonstration vor allem nach dem Schah-Besuch war, wie viele Studenten aus der ganzen Bundesrepublik zum Begräbnis Chuesorge kamen, der wird die Meinung, daß es sich bei allem nur um das Treiben einer kleinen Gruppe der extremen Linken handelt, bald begraben. Sicher trägt nicht jeder der Studenten ein Flugblatt der Kommune I als Marschplan in der Tasche, aber viele, allzu viele fühlen sich von der Generation ihrer Väter nicht verstanden.

Die Väter, diese ältere Generation, die heute in Deutschland bestimmt, hat einen, manchmal zwei Kriege mitgemacht. Sie hat ein ausgeblutetes, zerstörtes und verfeimtes Land wieder aufgebaut und die eigene, so gefährdet gewesene Existenz wieder gesichert. Für diese Generation sind Besitz und Ordnung nach Verlust, Hunger und Chaos echte Werte; sie kann deshalb für eine Rebellion gegen das Bestehende, das sie mühsam genug geschaffen hat, keine Zuneigung aufbringen.

Diese ältere Generation ist auch im tiefsten ungläubig, was die Ideale in der Politik betrifft; sie wurde einstmal mit Idealen überflutet und glaubt nun gar nichts mehr. Sie regt deshalb die politische Heuchelei ebenso wenig auf, wie sie die Redlichkeit begeistert. Sie ist fatalistisch, von der Politik "geheilt" und richtet sich im privaten Fortkommen ein. Für eine politische engagierte Jugend fehlt ihr die Antenne.

Mit der Ordnungsliebe dieser älteren Generation hängt es wohl zusammen, wenn sie für ein Aufbegehren wider die Universitätsordnung wenig Verständnis hat. Hinzu kommt, daß die Universitätsreform ungeheuer vielseitig und vielschichtig und daher für den Außenstehenden kaum durchschaubar ist, ebenso wie sie naturgemäß bei manchen Lehrstuhlinhabern auf wenig Gegenliebe stößt. Auch finden der Ausbau alter Universitäten und Neugründungen zwar statt, aber es geschieht im Hinblick auf die Massen der Studienwilligen, die demnächst auf unsere Hochschulen zukommen, viel zu wenig. Langsam, sehr langsam mahlen hier die Mühlen und die Studenten scheiden da manchmal zwischen die Mühlsteine einer öffentlichen Meinung und des Fachegoismus gekommen zu sein, die jedes vernünftige Argument plattwalzen.

Werden deshalb faule Eier zu diskutablen Argumenten? Nein und Palizeknüppel sind es auch nicht. Beide werden doch nach dem Motto angewandt, "Wer nicht hören will, muß fühlen".

Um so, in diesem "Nicht-hören-wollen" liegt der Hund begraben. Wie erschreckend viele der älteren Generation hören gar nicht hin auf was die Jungen sagen, tun es mit banalen Redewendungen ab - wie viele unsere sind schockiert und erklären alles als "typisch überspannte Vorstellungen von Grünschnäbeln". Wie wenige sind bereit zuzugeben, daß jede Generation ihr Lebensgefühl, ihre Probleme hat und keineswegs die Ideale ihrer Väter übernehmen muß.

Die Reibungsflächen zwischen Jung und Alt werden zum guten Teil bestehen bleiben, weil die Generation der Väter nicht gewillt und nicht verpflichtet ist, ihre Welt über Bord zu werfen. Aber auch die Jugend könnte ihre natürliche Aufgabe, bewegendes Element zu einer neuen Welt zu sein, die sie einst ausfüllen muß, nicht erfüllen, wenn sie heute schon im Wohlgefallen am Bestehenden erstarrt wäre. Das Hinhören, der Versuch, den anderen zu verstehen, kann das bestehende Spannungsverhältnis fruchtbar machen und die Dinge entwickeln; das Ablehnen einer ernsthaften Diskussion wird die explosive Entladung bringen. Zur Revolution besteht kein Anlaß, wo die Evolution möglich ist. + + + 6

## Amerikaner in Spanien

Rätselraten über baldigen Abzug der GI's

Von H. Deml, Madrid

In den Kasernen und Wohnblocks der etwa 4.000 amerikanischen Luft-  
offen- und Marineangehörigen der Stützpunkte Torrejón bei Madrid, Tor-  
roja bei Sevilla und Rota hat schon das Rätselraten begonnen, ob sie  
leicht im kommenden Jahr ihre Koffer packen und neue Garnisonen außer-  
halb Spaniens beziehen müssen. Die spanisch-amerikanischen Verhandlan-  
gen über die Erneuerung des zweiseitigen Stützpunktabkommens ziehen  
sich zäh dahin.

In Torrejón besitzen die GI's ihre eigene Strom- und Wasserversor-  
gung. In Madrid haben sie ihren "Commissary"-Einkaufsladen an der be-  
lebten Avenida del Generalísimo. Was sie bewegt, sind nicht die Probleme  
der großen Politik, sondern die kleinen Alltagsorgen, die sie mit  
ihrer spanischen Umgebung teilen müssen.

Die Disziplin der Amerikaner wird selbst von vielen Spaniern ge-  
lobt, die keineswegs als amerikafreundlich gelten. Wirtschaftssexesse-  
skandalen bei den in Spanien stationierten und auch voll über spanische  
Gerichtsbarkeit mit ihren drakonischen Strafanordnungen unterworfenen  
US-Soldaten so gut wie überhaupt nicht vor. Wenn Amerikaner mit den  
spanischen Gesetzen in Konflikt kommen, sind es in der Regel Seelische,  
die kurzfristig spanische Häfen anlaufen.

Um den Kontakt der Amerikaner mit ihrer Umwelt zu erleichtern,  
schickt das Pentagon hauptsächlich spanischsprechende GI's nach der Py-  
renäenhalbinsel entsandt, denen die spanische Kultur zugesagt und die  
sich auch mit den Unzulänglichkeiten des täglichen Lebens in einem  
Inselmeerland abfinden können. Außer einer stützpunkteigenen Zeitung  
haben ihnen natürlich "The Stars and Stripes", die in Madrid erscheinende  
"Spanish Times" und andere in Spanien erscheinende Zeitschriften  
als Lesestoff zur Verfügung. Zu einem Soldatensender wie dem ATN  
haben sie es seit Beginn ihres Aufenthalts in Spanien im Jahre 1966  
noch nicht gebracht.

Routineflüge und -einsätze, die von den Spaniern jeweils genehmigt  
werden müssen und auch von spanischen Kommandeuren geleitet wer-  
den, bestärken das tägliche Bild. Abends verläßt der GI seine Unterkunft  
als Zivil, denn das Tragen der Uniform außerhalb des Stützpunktes wird  
von den Spaniern nur in besonders gelagerten Fällen gestattet. Die ameri-  
kanische Kolonie in Spanien, die durch den Zuzug von Geschäftsleuten  
immer größer wird, pflegt die Patenschaft über die GI's. Zahlreiche  
sozialistische Veranstaltungen, bei denen die Amerikaner unter sich  
bleiben und den "American way of life" praktizieren, bieten willkommene  
Erstreuung. Oder auch ein Sonder-Auftritt der englischen Schlagersängerin  
Sandle Shaw, die ihr "puppet on a string" nicht nur von den Kameraden  
des spanischen Fernsehens zum besten gibt, sondern auch von den Soldaten  
und Offizieren von Torrejón. Schwarzmarkt gibt es nicht; die Ameri-  
kaner sind eifrig darauf bedacht, die bestehenden Gesetze zu respek-  
tieren. Werden sie von vielen oppositionellen Spaniern als "Prätorien-  
garde des Regimes" beargwöhnt, so haben sie sich doch auch bei der spani-  
schen Bevölkerung viele Freunde erworben. Vierzehn Jahre haben gereicht,  
um auf beiden Seiten ein Klima der Verständnissbereitschaft und der ge-  
genseitigen Achtung zu schaffen.